

**Institute for Advanced Sustainability Studies
IASS in Potsdam**

3 Thesen: Wo stehen wir bei der Kohledebatte und was ist jetzt wichtig?

**(Stand: 18. Juni 2016)
Daniela Setton**

Gliederung – 3 Thesen



- 1. „Konsens“ zu Klimaschutz und Kohle ist längst weiter, als die polarisierte öffentliche Debatte dies vermuten lässt**
- 2. Ein tragfähiger politischer Prozess ist nötig, um bei der Kohlefrage staatliche Handlungsfähigkeit herzustellen**
- 3. Wir brauchen die Diskussion um eine Braunkohlestiftung!**

1. „Konsens“ zu Klimaschutz und Kohle ist längst weiter, als die polarisierte öffentliche Debatte dies vermuten lässt (I)



- Neue Qualität seit 2014: **Kohlefrage auf Bundesebene** angekommen mit Aktionsprogramm Klimaschutz 2020;
- Wir sind weiter als bei Atomfrage 1990er: **keinen normativen Konflikt** Kohle mehr: klimapolitischer Handlungsbedarf unstrittig
- Teil-Konsens bei Problembeschreibung und Erwartung: jeder geht davon aus, dass Bedeutung der Kohle erheblich sinken wird
- Politischer Handlungsdruck steigt: klimapolitisch und wirtschaftlich
- Es geht um gut organisierte Interessen aber es geht auch um für das Energiesystem weitreichendere Entscheidungen als bei Atomausstieg (geregelter Auslauf Kohle bedeutet grundlegenden Systemwechsel).
- Debatte kreist nicht mehr um das „ob“ des Auslaufens der Kohleverstromung, sondern um das „wann“ ...
- und es deutet sich eine **„konstruktive Kohlewende“** an, mit einem langsamen Beginn einer Debatte um das „wie“

1. „Konsens“ zu Klimaschutz und Kohle ist längst weiter, als die polarisierte öffentliche Debatte dies vermuten lässt (II)



- IGBCE hat Stiftungs-Vorschlag für die Abwicklung der Braunkohlenindustrie vorgelegt
- Bspw. Lausitzrunde: breiter kommunaler u. länderübergreifender Schulterschluss; Forderung an Merkel „europäische Modellregion“
- Gabriel will „Modernisierungs-Kommission“ einberufen – und dabei „nicht nur“ – aber eben auch über Kohleausstieg reden
- Bisher **kein klarer Kompass** bei Bundesregierung oder Energiewirtschaft
- **Hohe Konfliktträchtigkeit aber neue Offenheit** der Akteure aufgrund politischen Handlungsdrucks (klimapolitisch und energiewirtschaftlich);
 - hoch strategische Debatte: öffentlich noch verhärtete, polarisierte Positionierungen mit Ziel der Verbesserung der Ausgangslage bzw. Verhandlungsposition
 - Zunehmende Offenheit und Gesprächsbereitschaft aus Pro-Kohle Lager
- Konflikt um **Klimaschutzplan 2050** wichtige Etappe
 - Umweltministerkonferenz: konkreten Zeitplan für den Ausstieg aus der Kohlenutzung/ Wirtschaftsministerkonferenz: Einbeziehung der **Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit/Wachstum zentral**

2. Tragfähiger politischer Prozess für einen Kohlekonsens nötig (I)



- Ausgangsbedingungen für sachliche Debatte verbessern sich.
- Nötig ist die Vorbereitung eines gesellschaftlichen (und damit auch parteiübergreifenden) **Konsenses zum geregelten Auslaufen der Kohle** – aber wie?
- Es ist schlechterdings unmöglich, „den Kohleausstieg“ oder die Erreichung ambitionierter Reduktionsziele z.B. bis 2030 mit all seinen verschiedenen beschäftigungs- und industriepolitischen, regional-, energie- und volkswirtschaftlichen Implikationen in einer Kommission oder einem Rundem Tisch/Dialogrunde mit breitem Akteurskreis im Konsens zu klären!
- Konsensbildung in einem hochgradig umkämpften Bereich der Energiepolitik ist ein **langjähriger Prozess**
- (Experten-) Kommissionen, paktierte Gesetzgebung, konsensorientierte Verfahren können darin nur punktuell eine Rolle spielen (s. Erfahrungen Atomausstieg, Steinkohlebergbau)

2. Tragfähiger politischer Prozess für einen Kohlekonsens nötig (II)



- Ein Prozess ist nötig, um „den **Kohleausstieg**“ in **handhabbare, verhandel- und weiterbearbeitbare Pakete** aufzuteilen, die im folgenden politischen Prozess auf unterschiedlichen Ebenen politisch angegangen werden können.
- für Strukturwandel und Zukunft der Braunkohleindustrie braucht es andere politische Prozesse als für das Thema Stromversorgung (Braun- und Steinkohle) oder billige Stromkosten für hoch energieintensive Industrien).
 - Es gibt keine Blaupause für einen Prozess für ein geregeltes Auslaufen der Kohleverstromung, aber hilfreiche Erfahrungen aus der Vergangenheit.
 - Beim Kompromiss zum Steinkohlenbergbau „politisch akzeptable Synchronisierung“ statt großer strategischer Wurf

3) Wir brauchen die Diskussion um eine Braunkohlestiftung! (I)



- Ungeklärte Braunkohlefrage blockiert konstruktive Debatte über geregeltes Auslaufen der Kohleverstromung;
- Debatte darf nicht nur um „Verlierer“ und Gestaltung des Strukturwandels gehen, sondern geht auch um die Gestaltung der Beendigung des Bergbaus selbst → Erfahrungen aus Steinkohlenbergbau hilfreich

RAG-Stiftung als Vorbild einer Braunkohle-Stiftung?

- Beendigung Steinkohlenbergbau mit privatrechtlicher Stiftungslösung (§§ 80 ff BGB)
 - Gründung 2007 auf Basis einer politischen Einigung zwischen Bund, Bergbauländern, RAG und IG BCE zur sozialverträglichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland
 - Komplexes Gesamtpaket: Erblastenvertrag; Steinkohlefinanzierungsgesetz, Rahmenvereinbarung;
 - Stiftungsziel: Anpassung des Steinkohlenbergbaus, sozialverträgliches Auslaufen und Finanzierung der Ewigkeitslasten; Hintergrund: Milliarden- Subventionen für Bergbau und soziale Flankierung;
 - Zentral: „weißer Bereich“ ist Basis für Aufbau Stiftungsvermögen

Grundidee einer Braunkohle-Stiftung



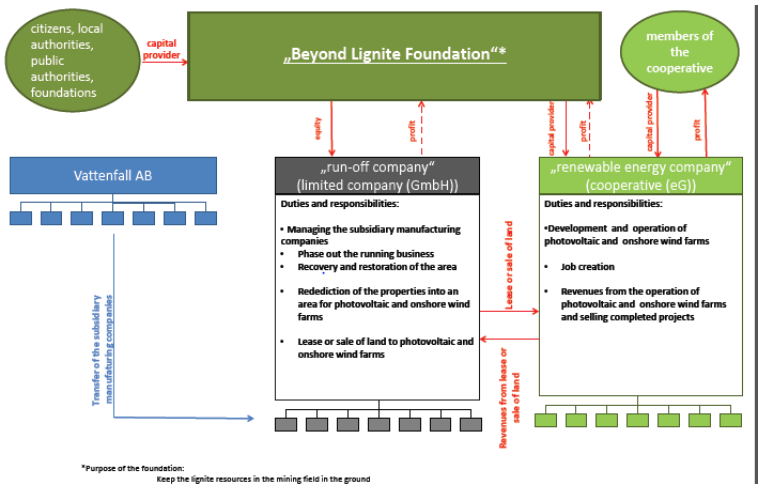
- Aktuelle Stiftungsvorschläge von IG BCE (bundesweit) sowie Steag und Greenpeace (Lausitzbezug), Gemeinsamkeiten:
- Ausgangspunkt: begrenzter Horizont des Braunkohlebergbaus (Energiewende/Klimaschutz) und wirtschaftliche Schwierigkeit der Braunkohle erfordern Handeln
- Gestaltung des konkreten Auslaufprozesses der Braunkohleindustrie
 - Tagebaue und Kraftwerke werden in eine privatrechtliche Stiftung übertragen
 - Dort werden Vermögensbestände und Einnahmen, die noch generiert werden aus der Braunkohleverstromung vor dem Zugriff Dritter gesichert, z.B. zur Finanzierung der Folgekosten
- Finanzierungsfrage der Folgekosten des Braunkohletagebaus nicht aufschieben
- weiterhin private Verantwortung für Folgekosten und Rekultivierung (Verursacherprinzip im Bundesbergrecht)

Übersicht Stiftungsvorschläge IGBCE/Greenpeace



Vorschlag von	Anlass/Hintergrund	(Stiftungs-) Zweck	Finanzkonstrukt zum Aufbau v. Stiftungsvermögen		Stromvermarktung/Betriebsführung	Datum Braunkohleausstieg	Haftungsrisiko
			Sicherung von (möglichen) Erlösen aus Kraftwerksbetrieb	Erlöse aus weiterer wirtschaftlicher Tätigkeit /Kapitalgeber			
IGBCE Braunkohlestiftung	Grundlegende Haltung zur Energiewende: Konsolidierung der Energiewirtschaft nötig Bundesweiter Vorschlag zur Zukunft der Braunkohle	Schaffung und Sicherung der notwendigen Rücklagen für Betrieb, Rückbau und Rekultivierung; langfristige Sicherung der Beschäftigung (möglichst ohne Subventionen); Sicherung für Back-up Kraftwerke.	Erwirtschaftung und Sicherung der erforderlichen Erlöse aus der Braunkohleerstromung innerhalb der nächsten Jahre	Stiftung darf investieren wie ganz normales Unternehmen; z.B. durch Kapitalanlage in erneuerbare Energien; Kapitalanlage-Management der erwirtschafteten Mittel	Durch externe Betreiber-gesellschaft vorgesehen; Emisgeld kann an Strompreise gekoppelt werden	Nicht konkret festgelegt, aber prinzipiell auch über Ende der Wirtschaftlichkeit der Braunkohle hinaus	Staatliche Mittel nicht nötig, sondern nur im Notfall
Greenpeace "Beyond-Lignite Foundation"	Verkauf der Braunkohleparste von Vattenfall als Gelegenheit für Stiftungslösung nutzen Fokus Lausitz, aber auch erweiterbar	Schnellstmögliches Auslaufen der Braunkohlegewinnung; Role-Model für sozio-ökologischen Strukturwandel	Geht nicht davon aus, dass sich aus Braunkohlegewinnung noch positive Erträge generieren lassen; Klimapolitischer Druck nach COP21 zu hoch	Investition in erneuerbare und regionale Projekte, Genossenschaft, BürgerInnen, Kommunen, Stiftungen als Kapitalgeber etc	Vorgesehen durch Abwicklungsgesellschaft; Rolle von externen Betreibern prinzipiell möglich	Spätestens 2030, eher 2025	Soll bei Betreibern liegen; „fall-back clause“

Greenpeace-Vorschlag: Beyond lignite foundation



3) Wir brauchen die Diskussion um eine Braunkohlestiftung! (II)



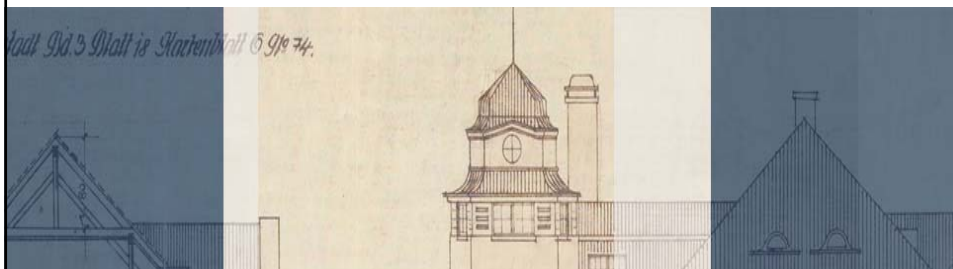
- Diskussion um Braunkohlestiftung steht erst am Anfang, muss geführt werden!
- Kann sinnvolles Instrument für Gestaltung eines geregelten Auslaufens des Braunkohlebergbaus sein;
- Zentral ist der politische Aushandlungsprozess, Erzielung einer politischen Einigung zwischen Bund, Braunkohleländern, Betreibern, Gewerkschaften; Stiftung definiert über Satzung: Stiftungsziel, Stiftungsgovernance und Stiftungsvermögen
- **Plattform zur Gestaltung und revierübergreifenden Interessensausgleichs** beim Anpassungsprozess der Braunkohle: wann welche Tagebaue in welchen Revieren wie lange laufen? Wer wie viele Gelder erhält. Wissenstransfer ermöglichen, etc.
- **Vorteil:** Sicherung der Erlöse des Braunkohlegeschäfts für Folgekosten, evt. Verhinderung von Kapazitätzahlungen
- **Aber:** öffentliche Mittel werden nötig sein (Strukturwandel, sozialer Ausgleich, etc.)

Was muss beachtet werden?



- **Herausforderung**
 - solides Finanzierungskonstrukt zum Aufbau des Stiftungsvermögens.
- **Wichtig: Aufbau Stiftungsvermögen durch solide und (möglichst) risikoarme Finanzkonstruktion:**
 - Ausreichende Anfangs-Finanzausstattung (evt. mit Risikoaufschlag) durch Übertragung von Finanzmitteln (inkl. Rückstellungen) von ehemaligen Betreibern auf Basis transparenter und unabhängiger Kostenschätzung
 - Kopplung der Vergütung externer Betreiber an Strompreisentwicklung
 - Aufbau eines weiteren Stiftungs-Standbeins
 - möglich über Investition in weitere Projekte in zukunftsträchtigen Bereichen (Erneuerbare, regionale Projekte)
 - z.B. Einbringung weiterer Vermögenswerte wie Aktien (z.B. von RWE International SE bei RWE, etc.)
 - Unternehmen nach Möglichkeit nicht (völlig) aus dem Haftungsrisiko befreien
- Offene Frage: **Verbindung mit Strukturwandel?**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!



Contact



Daniela Setton
Wissenschaftliche Mitarbeiterin /Research Associate
daniela.setton@iass-potsdam.de

Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.
Berliner Straße 130
D – 14467 Potsdam
Web: www.iass-potsdam.de